

Rede an der Universität Wien

von Bundespräsident a. D. Joachim Gauck:

„Demokratie - immer schwer,

aber immer Zukunft“

am 15. Januar 2018

Sperrfrist: Montag, 15. Januar 2018, 18.15 Uhr

*Änderungen vorbehalten.*

*Es gilt das gesprochene Wort*

„Demokratie - immer schwer, aber immer Zukunft“, diesen Titel habe ich mir für meine heutige Rede ausgesucht, obwohl – und auch: weil – ich mir bewusst bin, dass zumindest der zweite Teil des Titels in augenblicklichen Zeiten umstritten ist: dass Demokratie nicht nur schwierig, kompliziert, mühsam ist, sondern auch zukunftssträchtig ist, weil – ja weil...

Damit möchte ich mich im Folgenden auseinandersetzen.

Der Blick auf die Realität stimmt nicht optimistisch. Die Organisation „Freedom house“, die seit 1971 jährlich den Stand politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten untersucht, sieht im elften Jahr in Folge globale Rückschritte. Anders als früher hat sich die Situation nicht nur in Autokratien oder Diktaturen verschlechtert - in Staaten wie China, Russland oder im Nahen Osten. Ein Abwärtstrend zeigt sich ebenfalls in westlich- demokratischen Ländern.

Überdies hat mich als überzeugten Transatlantiker und Bewunderer amerikanischer Freiheitstraditionen wenig so sehr irritiert wie das Geschehen in den USA, das am Ende Donald Trump ins Weiße Haus brachte, einen Präsidenten, dem rechtsstaatliche Prinzipien offenbar lästig erscheinen.

Beunruhigung spüre ich aber auch beim Blick auf die Lage in der Europäischen Union. Traditionelle Volksparteien verzeichnen zum Teil einen enormen Vertrauensverlust und brechen bei Wahlen ein. Gewinner sind neuartige Sammlungsbewegungen wie die liberale „En Marche“ in Frankreich, meistens aber Parteien mit nationalistischem oder rechts- und linkspopulistischem Profil, wie sie von Norwegen bis Italien und von den Niederlanden über Österreich bis Griechenland existieren. Die Regierungsparteien in Ungarn und Polen propagieren sogar eine sogenannte „illiberale

Demokratie“, in der Gewaltenteilung und Meinungs- und Versammlungsfreiheit in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden.

Auch Deutschland blieb nicht verschont von der bedrückenden Entwicklung. In das Parlament zog eine populistische Partei ein, bei der sich Misstrauen gegen die politische Elite verbindet mit teilweise völkischen Tönen. Wenn Sie mich nun allerdings fragen, ob Deutschland, lange als Fels in der europäischen Brandung beschrieben, nun eine instabile Demokratie geworden ist, so kommt mein „*Nein*“ so spontan wie überzeugt.

Zwar bilden die Bundestagswahl und die Formen der Auseinandersetzungen, die ihr vorausgegangen sind, eine Verschiebung der politischen Kräfte und eine gewisse Verrohung der Auseinandersetzung in der öffentlichen Debatte, ganz besonders im Netz. Aber gleichzeitig spiegelt das neue Parlament die Vielzahl politischer Positionen repräsentativer wider als sein Vorgänger. Ob es uns passt oder nicht: Deutschlands Demokratie umfasst mehr als die sozialdemokratisch-konservativ-liberale Mitte. Auch andere und neue Positionen gehören zum politischen Spektrum.

Viele Bürger sind durch den Einzug populistischer und nationalistischer Parteien in europäische Parlamente allerdings unsanft daran erinnert worden: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat sind in ihrem Bestand nie ein- für allemal gesichert und bauen sich mitnichten automatisch weiter aus. Alle diese Errungenschaften können sich zurückentwickeln und sogar gefährdet sein – wie wir sehen, selbst in lange erprobten demokratischen Gesellschaften.

Wenn Karl Popper einst die Demokratie rühmte, weil sie im Unterschied zu Diktaturen und Autokratien den großen Vorteil hat, dass Regierungen gewaltfrei abgesetzt werden kann, so müssen wir heute hinzufügen, dass die Demokratie auch den großen Nachteil hat, dass sie sich unter Umständen selbst gewaltfrei *abschaffen* kann. Mir ist noch in den Ohren, was Richard Holbrooke, der damalige US-Sondergesandter für den Balkan, vor den Wahlen 1996 in Bosnien-Herzegowina sagte, als nach Krieg und Gewalt wieder Frieden und Demokratie ins Land einziehen sollten: „Unterstellen wir“, - sagte Holbrooke – „die Wahlen wären frei und fair. Doch die, die gewählt würden, wären Rassisten, Faschisten und Separatisten. Das ist das Dilemma.“

Ja, das ist tatsächlich ein Dilemma, wenn undemokratische Politiker in freien Wahlen Mehrheiten erlangen – aus neuerer Zeit könnte ich beispielsweise auf die Wahl der Muslimbrüder in Ägypten verweisen. Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich sage: Freiheit und Demokratie sind

Sehnsuchtsorte für Menschen in Unfreiheit und Unterdrückung. Und ich spreche ebenfalls aus eigener Erfahrung, wenn ich hinzufüge: Aber die Freiheit der Moderne, die den Menschen aus seiner fest umrissenen Rolle in der Gesellschaft löst, schenkt ihm nicht allein Freiheit und Unabhängigkeit, sie nimmt ihm auch Vertrautheit, Halt und Eingebundensein.

So wollten die Bürger in den kommunistischen Ländern Mittel- und Ostmitteleuropas das westliche, das demokratische, das freiheitliche Modell; sie gingen dafür auf die Straße und manche riskierten dafür sogar das Gefängnis. Doch sobald sie in der heiß ersehnten Demokratie angekommen waren, fühlten sich nicht wenige überfordert und einsam. Rat- und hilflos standen sie vor der Vielzahl von Möglichkeiten oder sie fürchteten die Übernahme von Verantwortung.

Ich habe schon oft auf Erich Fromm verwiesen, den Philosophen und Psychoanalytiker, der diese Phänomene bereits vor 75 Jahren zusammengefasst hat als „Furcht vor der Freiheit“. Für manchen kann der Sehnsuchtsort so zum abschreckenden Ort werden, und tröstlich erscheinen ihm dann populistische Versprechungen, die lauten: „Fürchte dich nicht, es wird alles wie früher, so überschaubar und vertraut - du musst nicht länger selber Verantwortung tragen und Dein Leben nicht länger im gefahrvollen Freien fristen.“ Demokraten sollten nun nicht der Versuchung erliegen, ihrerseits Angst als Mittel der Auseinandersetzung zu nutzen, aber sie sollten sich der *Wirkung* von Angst bewusst sein.

Wenn eine Gesellschaft schöpferisch und produktiv bleiben soll, ist Wandel unerlässlich. Um sich mit dem Wandel jedoch anzufreunden, – sei er technologischer, wirtschaftlicher, kultureller oder politischer Art – brauchen Menschen Zeit und Möglichkeiten der Einübung, ihn in ihr Leben zu integrieren. Veränderungen, die sich in einem ungesteuerten Prozess durchsetzen oder von außen aufgezwungen werden, können leicht zu Ohnmacht und Resignation, oder auch zu Wut und Aggression führen. Und dies besonders dann, wenn sich so *vieles* ändert und wenn es sich so *schnell* ändert wie heute.

Ernüchterung über unsere liberale Demokratie hat sich in Teilen unserer Bevölkerung breitgemacht, Misstrauen gegenüber Regierungen und traditionellen Parteien, von denen sich viele Bürger nicht mehr vertreten sehen; Enttäuschung über ein System, das Bürgern weniger Einfluss einräumt, als diese erhofften und erwarteten.

Noch handelt es sich bei den meisten Unzufriedenen um „enttäuschte Demokraten“ und nicht um

„Feinde der Demokratie“. – so eine Studie der Bertelsmann-Stiftung von Mitte letzten Jahres. Die Chancen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, stehen damit nicht schlecht.

Warum also fühlen sich Bürger bei der Vertretung ihrer Interessen, ihrer sozialen Sicherheit, ihrer kulturellen Beheimatung nur noch begrenzt oder einige auch gar nicht mehr in den bisherigen Strukturen und bei den bisherigen Politikern aufgehoben? Was hat so viel Verunsicherung ausgelöst? Ich denke, wer politisch aktiv ist und Verantwortung trägt, kommt um eine ernsthafte *Selbstprüfung* nicht umhin.

Da ist zunächst das Zusammenspiel der Akteure, das sich in unserer Demokratie gravierend verändert hat. Vertraute Vermittler zwischen Bürgern und Regierung wie Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände und Vereine haben an Bedeutung verloren, Medien, soziale Netzwerke und neue Vermittler wie NGOs hingegen haben hinzugewonnen. Durch das Internet hat sich die Spannbreite politischer Stellungnahmen zwar verbreitert. Da viele Nutzer allerdings in ihren Echokammern verbleiben, haben Dialogbereitschaft und -fähigkeit gleichzeitig nachgelassen.

Wie können nun diese neuen, oft disparaten Stimmen zusammengeführt und systematisch in den politischen Willensbildungsprozess eingespeist werden? Zumal das Parlament, das traditionelle Organ der Volksvertretung in demokratischen Nationalstaaten, als Diskussionsforum wie als Initiator wichtiger Projekte an Einfluss eingebüßt hat.

In Deutschland beispielsweise holte die Regierung das Parlamentsvotum zu wichtigen Beschlüssen wie der Abschaffung der Wehrpflicht, dem Atomausstieg oder der Aufnahme von Flüchtlingen erst post factum ein bzw. setzte die mehrheitliche Zustimmung der Abgeordneten stillschweigend voraus. Lassen Sie mich bei der Selbstprüfung auch noch ein Phänomen ansprechen, das den meisten von uns in seiner ganzen Tragweite erst so recht nach den Präsidentenwahlen in den USA klar wurde.

Zwei Drittel der weißen Arbeiter und vier Fünftel der weißen Evangelikalen haben für Trump gestimmt: Weil die Themen, die die urbanen demokratischen Eliten gesetzt hatten, diesen Menschen unerheblich, befremdlich oder sogar bedrohlich schienen. Ökologie, Klimawandel, sexuelle Identitäten und politische Korrektheit spielten keine oder nur eine sehr geringe Rolle für denjenigen, der nach Auflösung ganzer Industriezweige am existentiellen Rand lebt, der über keine Zukunftsperspektive verfügt oder in traditionellen Wertvorstellungen verhaftet ist.

In Europa mag das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schichten zwar (noch) weniger ausgeprägt sein als in den Vereinigten Staaten. Aber auch in Europa stellt sich die Frage: Gelingt es der Politik, die verschiedenen Teile der Bevölkerung im Blick zu behalten und ihre unterschiedlichen sozialen und kulturellen Interessen zu berücksichtigen? Oder nimmt das Gefühl von Teilen der Bürger zu, ignoriert oder gering geschätzt oder gar abgespeist zu werden? Vernachlässigt fühlen sich beispielsweise auch in so manch deutschen, besonders ostdeutschen Gemeinden die Einwohner, weil Fabriken in der Umgebung dicht gemacht haben, das letzte Geschäft und die letzte Gaststätte geschlossen wurden, kaum Busverbindungen in die Kreisstadt existieren und der nächste Arzt viele Kilometer entfernt ist. Der Unterschied zwischen manchen urbanen und ländlichen Regionen hat sich in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Demokratien vertieft, mancherorts ist er bereits zu einem Graben geworden.

Schon traditionell von der Politik allein gelassen fühlen sich oftmals auch sozial schwächere Gruppen, deren Netzwerke nicht bis in Medien und Politik reichen und die über keine oder nur schwache berufliche Pressuregroups verfügen. Beispielsweise hören wir im Gesundheitswesen weit mehr von den Vorstellungen und Forderungen der deutschen Ärztekammern als von den Sorgen der Beschäftigten in Krankenhäusern und in Heimen – und das, obwohl Kranken- und Altenpflege in unserer immer älter werdenden Gesellschaft eine immer größere Rolle für immer mehr Menschen spielen.

Und wenn es stimmt, was von einigen Soziologen prognostiziert wird und sich bereits massiv andeutet, dann steuern wir auf eine weitere Form von Klassengesellschaft zu: Auf der *einen* Seite konstituiert sich gerade eine neue Mittelschicht aus hochqualifizierten, international vernetzten und polyglotten Menschen im Wissens- und Kulturbereich, deren Ziel eine individualistische, auf Selbstverwirklichung ausgerichtete Lebensführung ist, die sie in einem beliebigen Land ihrer Wahl realisieren können.

Auf der *anderen* Seite bleibt eine neue Unterschicht aus gering oder gar nicht qualifizierten Menschen zurück, die im Bereich einfacher Dienstleistungen arbeiten, die arbeitslos sind oder Sozialhilfe empfangen, die an den Ort gebunden sind bzw. sich an ihn gebunden fühlen und die nur selten mit Anerkennung rechnen können.

Noch wissen wir nicht, wie schnell und wie durchgängig eine derartige Struktur unsere Gesellschaften prägen kann und wird. Aber ein tiefgreifender Strukturwandel im digitalen Zeitalter

ist inzwischen unumstritten.

Ich wiederhole also meine Frage: Ist die Politik, sind die liberalen Demokraten ausreichend darum bemüht, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht einfach *nebeneinander* und schon gar nicht *gegeneinander*, sondern *miteinander* leben zu lassen? Tut die Politik genug, tun die liberalen Demokraten genug, um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen zu schaffen und das *große Ganze, das allen Gemeinsame* im Blick zu behalten? Tut sie also genug, um die unerlässliche Voraussetzung für ein Gemeinwesen zu schaffen, ohne das es keine Solidarität unter den Bürgern geben kann? Eine Tatsache übrigens, die in Europa aufgrund der starken Zuwanderung und drohender Parallelgesellschaften noch an Gewicht gewonnen hat.

Selbstüberprüfung scheint mir auch angebracht, was die *Haltung* angeht, mit der wir die Debatten führen. Ich empfehle uns – es mag etwas paradox klingen – mehr Toleranz und Offenheit und zugleich mehr Entschiedenheit. Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zu schnell manche Debatten beenden wollen, die noch nicht für Alle abgeschlossen waren. Vielleicht haben wir Positionen aus den Debatten hinausgedrängt, die uns inakzeptabel erschienen. Oder vielleicht haben wir umgekehrt zu viel Infragestellung von Grundsätzlichem geduldet, wo mehr Klarheit nötig gewesen wäre.

Mehr Toleranz scheint mir da sinnvoll, wo wir einfach feststellen: Die Menschen in unseren freien Gesellschaften sind verschieden und werden es bleiben. Sie müssen nicht alle dasselbe denken, nicht alle an denselben Gott glauben oder überhaupt glauben, nicht über dieselben Witze lachen oder das gleiche Verständnis für Genderfragen aufbringen. Unsere Demokratie ist ein *großes Zelt*. Wir halten die Unterschiede, auch kontroverse Meinungen, aus. Denn über die kann man streiten – wenn nötig, auch robust. Die Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist schlicht Respekt für den anderen und Toleranz.

Zugleich brauchen unsere Gesellschaften mehr Entschiedenheit, was die *Grenzen der Auseinandersetzung* und die *Grenzen der Toleranz* angeht. Aus liberaler Sicht gesprochen: Die Grundwerte des demokratischen und liberalen Rechtsstaats stehen nicht zur Debatte, und zwar für niemanden. Punkt.

Wer andere Menschen beleidigt, diskriminiert oder gar attackiert, braucht künftig ein klareres Stoppsignal, als es bisher mitunter üblich war. Der Ausschluss von Roma von Bildung und Arbeit,

Anschläge auf Flüchtlingsheime oder Diskriminierungen von Muslimen sind genauso untragbar wie Gewalt und Beleidigungen gegen Juden – gleichgültig, von Angehörigen welcher Ethnie, welchen Geschlechts oder welcher Religion sie ausgehen. Aus Angst vor dem Vorwurf des Rassismus darf jedenfalls die Verletzung von Menschenwürde und Menschenrechten nicht verschwiegen werden, wenn sie von Migranten ausgeht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehr Toleranz bei unterschiedlichen Meinungen und mehr Entschiedenheit bei Grundsatzfragen - das scheint mir nicht nur eine gute Richtschnur für Debatten innerhalb der jeweiligen Nation zu sein, sondern auch für das demokratische Miteinander zwischen den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten. Die Freude über die Osterweiterung der EU war aufrichtig und groß, im Osten wie im Westen des Kontinents. Doch auch wenn sich die neuen Länder zu den Grundsätzen der Europäischen Union bekannt haben, so stehen nationale Prägungen und historische Erfahrungen einer demokratischen und liberalen Kultur oftmals noch im Wege.

Westeuropäische Gesellschaften hatten seit Ende des Zweiten Weltkriegs schon viele Jahrzehnte Zeit, in denen sie die liberale Demokratie Schritt für Schritt aufbauen, leben und weiter entwickeln konnten. Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften konnten dies erst seit 1990. Demokratie als eine Aushandlungsgesellschaft ist deshalb in Ostmitteleuropa für Teile der Gesellschaft noch keinesfalls selbstverständlich geworden, der Kompromiss für viele ein Zeichen von Schwäche. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf zu verweisen, wie langsam der Wandel von Mentalitäten in aller Regel erfolgt.

Während es im Westen Europas beispielsweise weitgehend unstrittig ist, politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz zu bieten, gibt es in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei selbst für humanitären Schutz kein Verständnis – nicht allein bei den Regierungen, sondern auch bei einem großen Teil der Gesellschaft. Die kosmopolitische, supranationale und menschenrechtliche Sichtweise, die für viele in Westeuropa den Kern der neuen europäischen Identität ausmacht, erscheint diesen Gesellschaften wie eine Bedrohung ihrer gerade erst wieder errungenen nationalen Souveränität.

Der Westen Europas sollte sich daher bewusst machen: Mit moralischer Empörung oder mit Sanktionen dürfte in den neuen Demokratien kurzfristig kaum ein Umdenken zu erreichen sein. Er sollte aber auch eine gewisse Gelassenheit entwickeln: Auch die Europäische Union ist ein großes

Zelt, das durchaus noch mehr Debatten – ernsthafte und ausdauernde Debatten – aushalten kann.

Es fragt sich allerdings, was geschieht, wenn mittelosteuropäische Länder weiter an den Grundfesten des liberal- demokratischen Staates rütteln: Wenn die Unabhängigkeit der Justiz weiter ausgehöhlt, die Gewaltenteilung weiter eingeschränkt oder wenn Verwaltung und Medien weiter dem Zugriff der Regierung unterstellt werden nach dem Motto: The winner takes it all! Ist es dann für die EU wichtiger, dass Polen in der EU bleibt oder dass die EU ihren Grundprinzipien treu bleibt?

Die Antwort auf diese Frage fällt mir schwer. Doch ich denke, dass die EU nicht nur unglaublich, sondern auch erpressbar und reformunfähig wird, wenn es ihr allein um den Zusammenhalt der EU, nicht aber um die Geltung der gemeinsam beschlossenen Wertebasis geht. Ohne Demokratie in allen EU-Staaten kann die EU in ihrer bisherigen Form nicht weiter existieren. Insofern ist das Schicksal der EU an das Schicksal der Demokratie in ihren Mitgliedsländern gebunden.

Meine Damen und Herren

ja, es gibt Gründe, sich um die Demokratie in den demokratischen Staaten zu sorgen. Trotzdem gibt es Gründe zu rationaler Zuversicht. Ich bleibe dabei: Die Demokratie hat Zukunft.

Der Hauptgrund für mich ist das Wissen: Selbst in unserer schwierigen Demokratie haben wir den Menschen mehr anzubieten als jene, die die Demokratie verachten.

Sehen wir denn irgendein Gesellschaftsmodell außerhalb unserer Demokratien, das seinen Bürgern so viel Freiheits- und Menschenrechte bietet? Dass ihnen auch nur annähernd den Grad an sozialer Sicherheit, Beteiligung oder eigener Entfaltung bietet? Sehen wir irgendeinen nicht-demokratischen Staat, der ein Wirtschaftskonzept vorlegen könnte, das nicht auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruht? Sehen wir einen autoritären Staat mit einer kulturellen Kreativität? Steht uns ein nichtdemokratisches Land vor Augen, in das wir gerne aufbrechen würden, um uns dort lieber als Bürger zu beheimaten als hier, in unseren unvollkommenen westlichen Demokratien?

Ja, ich bin tatsächlich in letzter Zeit nicht selten mit der Auffassung konfrontiert, dass autoritäre Regime gegenüber der Demokratie auch Vorteile haben: So können Entscheidungen unter Umständen wesentlich schneller gefällt und umgesetzt werden. Und am Beispiel Chinas ist zu sehen, dass derartige Regime auch ökonomisch erfolgreich sein können – jedenfalls in



überschaubaren Zeiträumen.

Schnelles und autoritäres Handeln verhindert, dass die jeweiligen Vor- und Nachteile von Entscheidungen offen diskutiert und gegeneinander abgewogen werden können, so dass bessere Entscheidungen entstehen. Autoritäre Herrschaft neigt zudem zur Behinderungen von Innovation, durch Reglementierung der Wirtschaft ebenso wie durch Unterdrückung kritischen Denkens. Kreativität und Innovationsfreude aber sind langfristig eine Bedingung von Erfolg. Außerdem: Demokratie schafft Transparenz bei der Entscheidungsfindung, was ein Mittel gegen Korruption darstellt. Demokratie schafft Bürgerbeteiligung, was die Akzeptanz erhöht. Und ganz entscheidend: Alle Macht geht vom Volk auf, das ist ein Axiom der Demokratie. Die Bürger wollen sich die Rechte, die ihnen zustehen, nicht nehmen lassen, auch wenn sie sie weitgehend delegieren. Sie wollen nicht entmündigt oder depotenziert werden, indem sie eigene Rechte preisgeben und andere für sich Entscheidungen fällen lassen.

Die Langsamkeit der Demokratie mag störend und nachteilig sein, aber sie lässt dem einzelnen Bürger seine Rolle als Subjekt bei der Gestaltung des eigenen Gemeinwesens. Denn: Unsere Demokratie eine Staatsform, die im positiven Verständnis *flexibel* ist. Nur sie sucht den Ausgleich durch den Kompromiss. Sie ist darauf ausgerichtet, Lösungsansätze im Dialog zu erproben und sie im Dialog zu verwerfen, wenn sie sich nicht bewähren.

Gibt es eine einzige andere Staatsform, die zu derartigen Selbstkorrekturen imstande wäre? Demokratie lebt davon, Macht auf Zeit zu verleihen und sie friedlich wieder zu entziehen, wenn der Souverän, der Bürger, dem Gewählten sein Vertrauen entzieht. Sie setzt nicht einen angeblichen Volkswillen um, der keine Pluralität kennt und sie setzt die Wünsche einer Mehrheit niemals absolut, sondern garantiert gerade den Minderheiten unveräußerliche Rechte - nicht zuletzt das Bestreben, selber Mehrheiten zu erlangen.

Das alles macht die Demokratie kompliziert, aber auch zu der Staatsform, die unserem Menschsein (Verschiedenheit) am ehesten gerecht wird. Die liberale Demokratie, wie sie sich als Modell des Westens entwickelt hat, meint nicht nur freie und faire Wahlen. Sie meint auch die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung, die Verteidigung grundlegender Menschenrechte wie der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.

Wahlen sind zwar das sine qua non einer Demokratie, aber selbst eine frei gewählte Regierung kann korrupt, unverantwortlich und diktatorisch sein. Das wissen zum Beispiel die Menschen, die

aus einigen afrikanischen oder nordafrikanischen Staaten, aus dem Nahen Osten oder auch aus Russland zu uns kommen. Der Liberalismus erscheint mir sogar wichtiger als die Demokratie. Demokratie schließt – wir erleben es gerade schmerzhaft – die Rückkehr zu Illiberalität nicht aus. Umgekehrt aber stützt eine liberale Ordnung die Demokratie. An dieser Erkenntnis sollten wir festhalten, wenn wir nach neuen Formen suchen, um die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten zu verbessern.

Werfen wir uns also in die Debatte, trauen wir uns zu, die Prinzipien unserer liberalen Demokratie in unseren eigenen Nationen, aber auch in den europäischen Nachbarländern mit rationalen Argumenten und emotionaler Überzeugtheit zu verteidigen. Und bleiben wir dabei offen für alles, was diese Prinzipien in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung in adäquatere Formen zu gießen imstande ist.

Meine Damen und Herren, seien Sie versichert:

Ich absolviere hier kein Pflichtprogramm. Ich bin vielmehr nach wie vor ganz tief davon überzeugt: Wir leben ein Gesellschaftsmodell, das keinen Vergleich zu scheuen braucht und das für Menschen in vielen Teilen der Welt ein Sehnsuchtsziel geworden ist. Und obwohl wir wissen, dass es keineswegs perfekt ist und Selbstkritik eine Bürgerpflicht bleibt, stehen wir zu diesem Gesellschaftsmodell und zu dieser Lebensform, weil sie beständig Zukunft eröffnen.

Und dies nicht kleinmütig und notgedrungen, sondern selbstbewusst und furchtlos.